

Städte I(i)eben Vielfalt Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute?

**Dokumentation der 5. Integrationskonferenz
des Deutschen Städtetages
in Kooperation mit der Landeshauptstadt Stuttgart
Gefördert von der Robert Bosch Stiftung**

Städte l(i)eben Vielfalt – Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute?

Dokumentation der 5. Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages vom 20./21. März 2018 in Stuttgart

Herausgeber
Deutscher Städtetag

Zusammengestellt und bearbeitet von
Kirstin Walsleben

Textverarbeitung
Petra Ossig

In Kooperation mit
Landeshauptstadt Stuttgart
Oberbürgermeister

STUTTGART



Gefördert von



**Robert Bosch
Stiftung**

Ansprechpartner/in in der Hauptgeschäftsstelle
Beigeordnete Dr. Uda Bastians
Hauptreferentin Kirstin Walsleben, kirstin.walsleben@staedtetag.de

Fotos: Leif Piechowski

ISBN 978-3-88082-323-5

© Deutscher Städtetag Berlin und Köln, Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bericht von der Integrationskonferenz 2018	7
Kirstin Walsleben, Hauptreferentin des Deutschen Städtetages	
Impulsvorträge	12
Integration von Flüchtlingen – die kommunale Rolle	12
Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen und Erste Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages	
Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen	18
Raimund Becker, Vorstand Regionen der Bundesagentur für Arbeit	
Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen	24
Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH	
Ankommen. Warten. Bleiben. Mitgestalten. Flüchtlingsintegration konkret in den Kommunen	33
Der Stuttgarter Weg der Flüchtlingsintegration	33
Bürgermeister Werner Wölfle, Referat Soziales und gesellschaftliche Integration	
Go for Integration, Dresden	38
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann, Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen	
Vier Mal Eins der Teilhabe, Augsburg	47
Dr. Margret Spohn, Leiterin Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt	

Vorwort

Städte I(i)eben Vielfalt“. Der Titel spiegelt eindrucksvoll den Leitgedanken kommunalen Handelns wider: Städte leben Integration. Ende März 2018 fand in Stuttgart die 5. Konferenz der Reihe „Städte I(i)eben Vielfalt“ statt. Ein Dankeschön gebührt der Robert Bosch Stiftung, die die Konferenzreihe von der ersten Konferenz 2011 bis heute finanziell gefördert hat. Die diesjährige Konferenz stand unter dem Motto „Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute?“.

Städte wollen Integration und haben gleichzeitig gar keine andere Chance, als zu integrieren. Städte beschäftigen sich seit Jahren mit der Integration von zugewanderten Menschen. Warum? Städte sind der Ort, an dem die Menschen leben, sich begegnen, arbeiten, die Kinder zur Schule gehen und vieles mehr. Seit dem Jahr 2011 haben wir viele Veränderungen durchlebt. Besonders bedeutend waren die Jahre 2015 und 2016: Sehr viele Flüchtlinge sind zu uns gekommen. Am Anfang ging es schlicht darum, diese Menschen mit dem Notwendigsten zu versorgen. Hier hat auch die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle gespielt. Heute geht es um Integration. Wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen und vernehmen auch eine veränderte Stimmungslage in der Gesellschaft.

Mit all dem müssen wir uns auseinandersetzen. Es muss uns gelingen, eine offene und ehrliche Debatte zu führen. Umso wichtiger ist der stetige Austausch darüber, wie Integration und gesellschaftliche Teilhabe sowie das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft gelingen kann. Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt der Konferenz im Frühjahr. Einen weiteren Schwerpunkt der Konferenz bildete die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

Die vorliegende Tagungsdokumentation präsentiert Beiträge und Präsentationen der Referentinnen und Referenten. Die Dokumentation kann hoffentlich dazu beitragen, die Erkenntnisse und Informationen der Konferenz einem breiteren Publikum zur Verfügung zu stellen.

Ich bedanke mich herzlich bei allen an der Konferenz Beteiligten für ihr großes Engagement und der Stadt Stuttgart für die Gastfreundschaft!



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Bericht von der Integrationskonferenz 2018

Kirstin Walsleben, Hauptreferentin des Deutschen Städtetages



Integrationskonferenz 2018 in Stuttgart



Publikum verfolgt die Integrationskonferenz

Nach der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen beschäftigen sich die Städte in Deutschland inzwischen vor allem mit der Frage, wie gelingt die langfristige Integration und was fördert das soziale Zusammenleben der Menschen. Mit welchen konkreten Integrationsangeboten machen die Kommunen gute Erfahrungen? Welche Konzepte sind erfolgreich für den Spracherwerb und die Qualifikation von Geflüchteten? Und was müssen Bund und Länder zur Integration weiter beitragen? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Konferenz am 21. März 2018 des Deutschen Städtetages und der Stadt Stuttgart unter dem Titel „Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute? Die Konferenzreihe wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Im ersten Teil der Konferenz gaben die Oberbürgermeisterin von Reutlingen und erste Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Barbara Bosch, Vorstand der Regionen der Bundesagentur für Arbeit, Raimund Becker sowie der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Prof. Dr. Thomas K. Bauer wichtige Impulse zu den Fragestellungen und Themen der Konferenz. Im zweiten Teil der Konferenz stellten die Städte Stuttgart (Der Stuttgarter Weg der Integration), Dresden (Go for Integration) und Augsburg (Vier Mal Eins der Teilhabe) ihre konkreten Konzepte zur Integration von geflüchteten Menschen vor.

Eine gute Basis für die sich anschließende lebhafteste Diskussion.

Chancen der Vielfalt

Oberbürgermeister Fritz Kuhn, der Gastgeber der Konferenz, betonte in seiner Begrüßung die Chancen der Vielfalt. Vielfalt sei etwas Starkes. Gesellschaften, die Vielfalt ermöglichen, die offen sind, die Neues zulassen, die Neuem mit Neugierde begegnen, sind seit jeher wirtschaftlich erfolgreicher, kulturell reicher, einfach kreativer als Gesellschaften, die sich abschotten. Integration bedeute denn auch Erneuerung aus der Übersetzung des lateinischen Wortes integrare. Das bezieht Ankommende wie „Einheimische“ mit ein. Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, müssten ihre sozialen Regeln erneuern. Aber Integration hieße auch Erneuerung der aufnehmenden Gesellschaft. Integration sei auch anstrengend. So gehöre das Abbauen von Ängsten zu den Mühen des Alltags. Es müsse alles getan werden, um Ängste in der Bevölkerung abzubauen.

Chancen der Vielfalt

Städte leben Integration, Städte wollen Integration und Städte haben überhaupt gar keine andere Chance, als zu integrieren, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages zu Beginn seines Grußwortes. Im Weiteren wies Dedy auf die grundlegenden Veränderungen hin, die seit der ersten Integrationskonferenz 2011 zu beobachten seien und mit denen sich die Kommunen, aber auch die Gesellschaft auseinandersetzen müssten. Die erste Veränderung sei die Zahl der 2015, 2016 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge. Der zweite Punkt seien die sich verändernden politischen Debatten. Stichwort in diesem Zusammenhang seien Konkurrenzen zwischen Menschen, die schon lange in Deutschland leben und Menschen, die neu zu uns gekommen sind. Ein weiteres Stichwort sei Überforderung, bspw. Städte deren Integrationsfähigkeit erschöpft sei. Und der dritte Punkt sei der zunehmend zu Tage tretende Populismus. So sei eine deutlichere Zuspitzung in der Debatte zu beobachten, als dies bei der ersten Integrationskonferenz noch gewesen sei. Zusammenfassend habe sich viel geändert. Abschließend hob Dedy hervor, dass wir vor dem Jahrzehnt der Integration stehen. In den nächsten Jahren werde es kaum ein Thema geben, dass die Städte so stark präge wie Integration.

Städte sind Vordenker

Uta-Micaela Dürig, Stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung hebt zu Beginn ihres Grußwortes hervor, dass die Robert Bosch Stiftung zum 5. Mal die Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages unterstützen könne. So hätte der Deutsche Städtetag die Themen Vielfalt und Integration schon äußerst früh auf die Agenda gesetzt. Sie betont insbesondere die Rolle insbesondere der großen Städte, die häufig Vorbilder und Vordenker in den Themen Integration und Teilhabe seien. Zum Zeitpunkt der jüngsten Konferenz im Januar 2016 sei es zunächst darum gegangen, die angekommenen Flüchtlinge mit dem Notwendigsten zu versorgen. Dürig hebt die enorme Leistung der Kommunen in diesem Zusammenhang hervor. Ein großer, gemeinsamer Erfolg der Kommunen, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Kirchen, der Verbände und natürlich vieler Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Geflüchteten sei, dass viele der Menschen, die 2015/2016 in Deutschland angekommen seien, seitdem bereits in etlichen Fällen Fuß gefasst hätten. Das seien die vielen guten Geschichten, die die Kommunen, aber auch die Robert Bosch Stiftung aus ihrer Arbeit in einer Vielzahl von Projekten kenne.

Integration von Flüchtlingen – die kommunale Rolle

Die zentrale Rolle der Kommunen bei der Integration von Geflüchteten betonte Oberbürgermeisterin Bosch in ihrem Impulsvortrag. Damit Integration gelinge, sei jedoch entscheidend, dass die Kommunen von Bund und Ländern gut unterstützt würden. So habe es Zuwanderung in die Städte und Gemeinden schon immer gegeben und unter dem Strich hätten die Städte und Gemeinden davon auch immer profitiert. Ohne Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten hätte sich in den Städten und Gemeinden nicht die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Dynamik entwickelt, die Deutschland letztlich zu einem freien und wohlhabenden Land gemacht habe.

Vor allem die Städte hätten schon immer im Mittelpunkt von Wanderungsbewegungen gestanden. Das könne nicht überraschen, betonte Bosch. Städte seien natürlich deshalb attraktiv für Zuwanderinnen und Zuwanderer, weil sie hier persönliche Netzwerke fänden, an die sie anknüpfen könnten. So würden die Städte über große Erfahrungen mit der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern verfügen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hätten die Städte zudem ihr Engagement ausgebaut und weiterentwickelt.

Und trotz der langen und intensiven Beschäftigung mit den Themen Zuwanderung und Integration seien die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden heute anders und grundsätzlicher herausgefordert. Darauf wies Bosch ausdrücklich hin. Die Aufnahme von fast 1,2 Millionen Flüchtlingen in den Jahren 2015/2016 sei eine Herausforderung der besonderen Art gewesen. Der rasante Anstieg von Schutzsuchenden in diesen beiden Jahren sei an den Städten und Gemeinden nicht spurlos vorübergegangen.

Dieser Herausforderung hätten sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellt. Bosch betonte jedoch: Der größte Teil der Arbeit sei in den Kommunen geleistet worden. Die Arbeit sei geleistet worden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen und von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert hätten und die dies auch nach wie vor tun. Das verdiene allerhöchste Anerkennung. Ohne die Städte und Gemeinden und ohne das gute Zusammenspiel von Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft vor Ort hätte Deutschland das, was in den Medien „die Flüchtlingskrise“ genannt worden sei, nicht so gut bewältigt werden können.

In den vergangenen drei Jahren sei vor allem die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung sehr deutlich geworden. Es sei die kommunale Ebene, die in der Flüchtlingskrise die stärkste Verwaltungskraft und die größte Flexibilität bewiesen habe – auch wenn die Grenzen der Belastbarkeit erreicht und teilweise auch überschritten worden seien. Bosch formulierte abschließend die deutliche Erwartung einer weiteren finanziellen Unterstützung gegenüber dem Bund und den Ländern. Erfreulicherweise wolle der Bund weitere 8 Milliarden Euro bis 2021 zur Verfügung stellen. Integration sei jedoch nicht in den nächsten drei Jahren abgeschlossen. Sie werde uns über einen langen Zeitraum beschäftigen.

Wo stehen wir bei der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen?

Einen thematischen Schwerpunkt der Integrationskonferenz bildete die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen: Wo stehen wir aktuell? Was sind Chancen und Herausforderungen und wie gehen wir sie an? Was brauchen wir für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration? Wie schaffen wir Perspektiven? Zu diesen und weiteren Fragen hat Herr Raimund Becker, Vorstand der Regionen der Bundesagentur für Arbeit, in der Konferenz einen Überblick gegeben.

Der Arbeitsmarkt befinde sich aktuell in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosigkeit gehe zurück. Die Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen seien, seien aktuell nicht der Schlüssel für die Lösung des Fachkräfteengpasses. Die Arbeitsmarktintegration werde weitaus mehr Zeit benötigen, als zu Beginn angenommen.

Chancen sieht die Bundesagentur für Arbeit in der Altersstruktur und der Motivation der Menschen: viele junge Menschen, die motiviert sind, eine Beschäftigung aufzunehmen und den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu wollen (57 Prozent der Geflüchteten sind jünger als 35 Jahre, 19 Prozent unter 25 Jahre). Eine weitere Chance könne in den zum Teil verborgenen Kompetenzen liegen, die durch praktische Berufserfahrung in den Herkunftsländern gesammelt worden seien, hob Becker hervor.

Zu beobachten sei, dass viele Geflüchtete möglichst schnell arbeiten möchten, häufig fehle es jedoch an der formellen Qualifikationen. So verfüge nur etwa jeder 10. über einen anerkannten oder etwa gleichwertigen Bildungsabschluss. Daher würden circa 67 Prozent der Geflüchteten eine Tätigkeit auf Helferniveau (Reinigung, Lagerwirtschaft, Küche, Verkauf) suchen. Becker sieht eine große Herausforderung darin, die Menschen von der Notwendigkeit einer Aus- und Weiterbildung zu überzeugen. Eine weitere Herausforderung seien die Sprachkenntnisse. Vielfach würden Deutschkenntnisse fehlen oder sie seien unzureichend – oft auch nach einem absolvierten Integrationskurs. Dafür gebe es verschiedene Gründe,

bspw. der hohe Anteil von primären Analphabeten und Zweitschriftlernern. Eine weitere Herausforderung sei, die große Gruppe der Frauen zu erreichen. Hier spielten kulturelle Unterschiede und auch der Aspekt der Kinderbetreuung eine Rolle.

Für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration sei die weitere Verstärkung der Sprachkompetenzen zwingend notwendig, betonte Becker. In diesem Zusammenhang müsse bedacht werden, dass Menschen, die noch nie beschult worden seien, ein anderes Lernkonzept benötigten. Die Bundesagentur für Arbeit setze vermehrt darauf, Spracherwerb, Ausbildung und berufsqualifizierende Maßnahmen mit zügiger Aufnahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu verbinden. Ein wichtiger Punkt sei auch, Kompetenzen der Geflüchteten sichtbar zu machen. Häufig hätten Geflüchtete praktische Kenntnisse und Fähigkeiten in ihren Herkunftsländern erworben, jedoch fehlten die Nachweise. Mit MYSKILLS werde ein Instrument zur Sichtbarmachung non-formell und informell erworbener beruflicher Kompetenzen eingesetzt. Zudem habe die Bundesagentur für Arbeit die Möglichkeit, im Wege von Aktivierungsmaßnahmen vorhandene berufliche Kompetenzen im Echtbetrieb festzustellen.

Perspektivisch müsse es gelingen, möglichst viele junge Geflüchtete in eine Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Zudem müssten Frauen gezielt aktiviert und gefördert werden, um Fehler in der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen

Ein weiterer wichtiger auf der Integrationskonferenz erörterter Baustein ist die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen. Auch dieses Thema stand in den letzten drei Jahren im Fokus der politischen und öffentlichen Debatte. Die Lebenslagen von Flüchtlingen sind wesentlich davon geprägt, inwieweit es den Betroffenen gelingt, sich nachhaltig in das gesellschaftliche Leben in Deutschland zu integrieren. Gesellschaftliche Integration als möglichst chancengleiche Teilhabe in den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens lässt sich unterteilen in strukturelle und soziokulturelle Aspekte. Die strukturellen Aspekte umfassen unter anderem: Sprache, Wohnen, Arbeiten, Bildung. Die soziokulturellen Aspekte umfassen unter anderem: soziale Kontakte, Identifikation, Werte.

Um die Effektivität der Integrationsangebote einschätzen zu können, sollte auch die Sicht der Flüchtlinge zu Integration und Teilhabe eine Rolle spielen. Ein solcher Perspektivwechsel kann neue Impulse für die politische und öffentliche Diskussion bringen: Was bewegt Flüchtlinge selbst? Welche Erfahrungen haben sie in Deutschland gemacht, vor welchen Herausforderungen stehen sie? Hier setzt die Studie des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration „Wie gelingt Integration?“ an. Sie beleuchtet die Integration und Teilhabe aus der Sicht von Flüchtlingen. Befunde dieser Studie bildeten den Schwerpunkt des Impulsvortrags von Herrn Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Vorsitzender des Sachverständigenrats.

Die Berichte der befragten Flüchtlinge dokumentieren die Vielfalt individueller Lebenslagen der Flüchtlinge insbesondere in der ersten Phase ihres Aufenthaltes in Deutschland, erläuterte Bauer zu Beginn seines Impulsvortrages. Gedanken über eine gesellschaftliche Teilhabe blieben bei vielen Flüchtlingen in der Anfangsphase ihres Aufenthalts häufig im Hintergrund. Im Zentrum stünden vielmehr Fragen des Aufenthaltsrechts und die Sorge um Familienangehörige.

Ein Ergebnis der Befragung sei, dass auch viele Flüchtlinge Sprache, Arbeit und Aufenthaltssicherheit als die zentralen Schlüssel für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sehen würden. Ein entscheidender Anreiz sei der Zugang zu Bildung und Arbeit. Der Wunsch nach früher finanzieller Unabhängigkeit über eine möglichst direkte Integration in den Ar-

beitsmarkt stehe jedoch häufig in Konflikt mit dem Wunsch, sich längerfristig zu qualifizieren. Insoweit decken sich die Befunde der Befragungen mit den Aussagen der Bundesagentur für Arbeit.

Neben der strukturellen Teilhabe sei für Flüchtlinge auch der Kontakt und Begegnungen mit Menschen in Deutschland ein besonders wichtiges Thema: Nicht nur als Unterstützung, sondern als Sozialkontakte, Kollegen oder sogar Freunde. Begegnungen und persönliche Beziehungen würden als wichtige Voraussetzungen benannt, um in der Gesellschaft Fuß fassen zu können, betonte Bauer.

Wie gelingt Integration konkret?

Die Herausforderungen, aber auch die Möglichkeiten und Chancen einer gelingenden Integration sind vielfältig. Während der Integrationskonferenz wurden die Herausforderungen, aber auch die Chancen und Perspektiven, insbesondere der Arbeitsmarktintegration dargestellt und diskutiert. Die große Herausforderung in den kommenden Jahren wird es sein, insbesondere die jüngeren Geflüchteten davon zu überzeugen, eine Aus- und Weiterbildung aufzunehmen und nicht den Weg in eine schnelle Einmündung in den Arbeitsmarkt zu suchen.

Die in der Konferenz vorgestellten Praxisbeispiele aus Augsburg, Dresden und Stuttgart haben nachdrücklich gezeigt, mit welchem Engagement und vielfältigen Ideen sich die Städte und Gemeinden bei der Integration von geflüchteten Menschen einbringen. In allen Fällen basieren die Ansätze auf mehreren Säulen bzw. sind als Integrationsketten organisiert und leben von dem großen Engagement der Kommune und der vielen Ehrenamtlichen vor Ort. An den vorgestellten Beispielen zeigt sich eindrücklich die Stärke und Flexibilität der Kommunen, ohne die eine Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen nicht möglich wäre. Nur mit weiterer Unterstützung, insbesondere finanzieller Unterstützung, von Bund und Ländern lassen sich die vielfältigen und notwendigen Maßnahmen weiter umsetzen.

Impulsvorträge



Podiumsdiskussion im Anschluss an die Impulsvorträge (v. l. n. r.): Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vorsitzender SVR), Barbara Bosch (Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen), Susanne Babila (SWR) und Raimund Becker (Vorstand Regionen der Bundesagentur für Arbeit).

Integration von Flüchtlingen – die kommunale Rolle

Barbara Bosch

Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen und Erste Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages

Integration. Als die Flüchtlinge 2015 zu uns kamen, ging es zunächst einmal darum, Obdach zu bieten, das Dach über dem Kopf. Aber Integration, es ist angesprochen worden, wir wissen es auch alle, beginnt eigentlich erst danach, wenn die Grundbedürfnisse befriedigt sind. Sie ist unstreitig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention zuvorderst auch zunächst mal eine Frage des Nationalstaates, damit auch des Bundes und der Länder. Nichtsdestotrotz, Integration findet erlebbar vor Ort in den Kommunen statt, dort, wo wir alle leben. Ob sie gelingt, zeigt sich eben auch bei uns in den Städten und Gemeinden und nicht auf irgendeiner Meta-Ebene. Damit tragen wir die Hauptlast der Verantwortung, ob zuständig oder nicht, für diese Integration.

Integration findet vor Ort statt

Flüchtlinge nehmen Deutschland, nehmen unser Alltagsleben, nehmen unsere Werte zuerst und am nachdrücklichsten als kommunales Gegenüber wahr. Egal, ob in der Erstaufnahme, in der vorläufigen oder in der Anschlussunterbringung. Kommunen öffnen Flüchtlingen nicht nur die ersten Türen für den Weg in die Gesellschaft, sie repräsentieren auch für eine ganz lange Zeit, am Anfang und darüber hinaus, die deutsche Gesellschaft an sich. Flüchtlinge erleben andere Ebenen, auch andere Regionen, Wohnsitzauflage zunächst einmal gar nicht.

Dabei ist die Situation in der aufnehmenden Gesellschaft ambivalent, auch davon ist gesprochen worden. Und ich erlebe dies auch vor Ort in den vielen Gesprächen und Bürgerversammlungen, die es immer dann gibt, wenn eine Unterkunft neu eingerichtet wird. Natürlich dezentral versuchen wir das alle wie in Stuttgart. Auch die Willkommenskultur in Behörden und in der Bevölkerung erweist sich auf der einen Seite als erstaunlich robust, trotz hoher Zuwanderung, trotz des Erstarkens einer migrationskritischen Partei, trotz islamistisch oder auch rechtsextrem motivierter Gewaltakte.



Publikum verfolgt die Integrationskonferenz

Veränderte Einstellungen

Auf der anderen Seite verändern sich Einstellungen, auch in unserer Gesellschaft. Zuwanderung wird deutlich kritischer gesehen, auch wenn die Bevölkerung sehr wohl unterscheidet zwischen einer Zuwanderung von Fachkräften, die wir benötigen, und einer Zuwanderung durch Asylsuchende, die Deutschland als Zufluchtsort brauchen. Und sie unterscheidet auch diese Erschöpfungssignale, wie sie manchmal genannt werden, in der Integration vor Ort. Dass es auch notwendig ist, dass andere Länder in der Europäischen Union ebenfalls ihren angemessenen Beitrag zur Solidarität mit Menschen in Not leisten.

Hohe Bereitschaft zur Unterstützung

Beeindruckend finde ich nach wie vor die trotz alledem sehr hohe Bereitschaft vor Ort, den Menschen gegenüber, neuschwäbisch Face to Face, Unterstützung zu leisten, Hilfe anzubieten. Ich weiß, dass es Unterschiede hierzu gibt in den repräsentativen Studien zwischen Ost- und Westdeutschland, nichtsdestotrotz. Es entscheidet sich also auf der lokalen, auf der kommunalen Ebene, ob diese große Herausforderung der Integration, die noch viele Jahre anhalten wird, gelingt und damit auch der soziale Frieden in unserer Gesellschaft erhalten werden kann oder nicht und letzteres hätte fatale Auswirkungen auf unser Staatswesen insgesamt.

Es gilt also darauf zu achten, welche Voraussetzungen wir brauchen vor Ort, auch um diese Integration bestmöglichst zu begleiten, zu befördern. Wir müssen als erstes Ergebnis unserer Erfahrungen vor Ort nicht nur die Flüchtlinge und deren Bedürfnisse in den Blick nehmen, sondern auch die Bedürfnisse der aufnehmenden Gesellschaft. Ich verwende einfach mal diesen Begriff, weil er sich eingebürgert hat.

Sprache – Schlüssel zur Integration

Sprache, allen bekannt, ist der Schlüssel, ist ein Schlüssel zur gelingenden Integration. Wir beobachten allerdings in den Kommunen insgesamt eine geringer werdende Inanspruchnahme der Sprachkurse und eine hohe Abbrecherquote. Die Abschlussquoten sinken, die Flüchtlinge tun sich manchmal schwer auch mit der Disziplin, einer beständigen kontinuierlichen Teilnahme an Kursen, die eben morgens schon beginnen. Sie sind aber auch vor bestimmte Herausforderungen gestellt. Ich erlebe dies immer wieder, ein großes Thema auch, dass Mütter ihre Kinder nicht alleine zum Kindergarten, in die Schule lassen wollen und deshalb beim Sprachkurs fehlen, weil sie morgens eine dreiviertel Stunde hin und zurück brauchen, oder wie lange auch immer. Und mittags oder am Nachmittag noch einmal. Wir brauchen auch Kurse, die stärker auf die Bedürfnisse dieser Zuwanderungsgruppen ausgerichtet sind. Wir haben es, und das hat sich verändert, zu den Zuwanderungen und den Gruppen früherer Zeiten, Thema Gastarbeiter oder Bürgerkriegsflüchtlinge, mit anderen und mit

niedrigeren Bildungsvoraussetzungen zu tun. Die Kurse müssen sich darauf einstellen. Das tun sie mit großem Engagement der Lehrkräfte, aber da muss noch mehr geschehen und wir brauchen vor allem mehr Sprachkurse. Ich erlebe immer wieder, dass nicht genügend Sprachkurse da sind, sodass wir uns entschieden haben, als Stadt Reutlingen unzuständigkeitshalber selbst auch noch Sprachkurse anzubieten. Zu eigenen Lasten und Kosten, damit die Flüchtlinge nicht sitzen bleiben. Ich bin übrigens der Auffassung, dass Sprachkurse das Angebot sein sollten, was vom ersten Tag des Ankommens hier in Deutschland angeboten werden sollte, unabhängig vom Status und unabhängig von der Frage, ob eine Bleibebeziehung kommt.

Und Sie wissen alle warum: Alltagsstrukturierung, Vermittlung unserer Gesellschaft und Werte über Sprache. Und selbst, wenn die Flüchtlinge dann nicht hier bleiben können, zurückgehen, nehmen sie etwas mit von uns. Darauf sind wir angewiesen als Export-Nation. Sie sind Botschafter, wenn sie so wollen im besten Falle und im allerbesten Falle verbessern sie ihre Chancen vor Ort für zum Beispiel berufliche Weiterbildung.

Das BAMF pilotiert zurzeit an 23 Standorten eine verbesserte Zusteuerung auch der Flüchtlinge in die Kurse, je nach Ausgangsvoraussetzung. Ein weiterer Punkt, wo wir uns in Reutlingen engagieren, ohne jegliche Zuständigkeit, mit Personalressourcen gemeinsam mit dem Jobcenter, ist in der Clearingstelle Sprachen. Weil wir festgestellt haben, dass dies nicht gut genug funktioniert, nehmen wir eigenes Geld in die Hand. Übrigens alles Geld, für das wir noch keinen Zuschuss gesehen haben.

Arbeit – ein weiterer Schlüssel

Ein anderer Schlüssel, Sie wissen es auch, Arbeit. Der Kontakt mit den Kollegen vor Ort. Das zeigen auch die Erfahrungen mit den sogenannten Gastarbeitern, Migranten und ihren Generationen. Überall dort, wo es gelingt, die Menschen in Arbeit zu bringen, geschieht Positives. Wir haben in Reutlingen bis heute keine Ghettos, keine No-Go-Areas. Warum? Starker Wirtschaftsstandort. Auch die Gastarbeitergenerationen arbeiten bis heute. Eine extrem niedrige Arbeitslosenquote durch die hohe Wirtschaftskraft und wer Arbeit hat, seine Familie selbst versorgen kann, der hat ein anderes Selbstwertgefühl, der erlebt Teilhabe und empfindet sich dann auch als Teil dieser Gesellschaft. Er ist übrigens auch abends müde und kommt dann nicht mehr auf dumme Gedanken. Ich gehe davon aus, dass wir von Herrn Becker, Vorstand der Regionen BA, einiges dazu hören werden zu den Voraussetzungen und Herausforderungen. Es ist schwieriger geworden, Menschen mit einer niedrigeren Qualifikation auch sprachlich zu integrieren, weil sich natürlich auch in den letzten Jahrzehnten die Ansprüche an die Qualifikation der Beschäftigten enorm nach oben entwickelt haben.

Ich bin übrigens auch der Auffassung, da unterscheidet sich mich von der Einschätzung unserer örtlichen Arbeitsagentur beziehungsweise Jobcenter, dass wir nicht sequenziell hintereinander vorgehen sollten, also erst einmal Spracherwerb mit den Abschlüssen und dann Arbeitsplatz, sondern dass das parallel laufen sollte, weil der Arbeitsplatz so wichtig ist in dieser Entwicklung. Bei allen Schwierigkeiten, die auch schon genannt worden sind in den Betrieben, die auch sprachlich bedingt sind.

Wie kommen wir an, wenn wir in eine andere Stadt ziehen? Es ist immer das gleiche: Es ist der Arbeitsplatz und über die Kinder, Kinderbetreuung oder Schule. Das Problem, das wir haben ist, dass Kinderbetreuungsplätze knapp geworden sind. Das ist nicht verursacht durch die Flüchtlinge, das will ich auch ausdrücklich sagen, sondern durch eine unerwartet sprunghaft angestiegene hohe Zuwanderung aus Osteuropa, ganz besonders aus der EU-Freizügigkeit. Eine Geburtenquote, die nach oben gegangen ist. Wir tun uns schwer und stellen auch fest, dass wir deutlich mehr Sprachförderung in den Kindergärten anbieten müssen, mehr Vorbereitungsklassen mit einem anderen Ansatz auch in Pädagogik und Didaktik. Dies sind übrigens alles kommunal finanzierte Angebote.

Sorgen der Flüchtlinge

Welche Sorgen treiben denn die Flüchtlinge so um, wenn ich mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Betreuern, Betreuerinnen spreche? Platz Nr. 1 klar und verständlich: Aufenthaltsstatus. Darf ich bleiben oder nicht? Wir stellen fest bei uns in Reutlingen, woanders wird es ähnlich sein, dass wir in den Sprachkursen vor allem viele Geduldete haben und das besonders motiviert die Geduldeten sind und nicht jene mit einer festen Bleibeperspektive. Weil sie sich erhoffen, dadurch eine größere Chance zu erhalten, auch hier bleiben zu können. Und diejenigen bei uns in Reutlingen, das ist ein kleinerer Teil, die sich bereits in Arbeitsverhältnissen befinden, sind zum größten Teil auch Geduldete und nicht welche mit einem gesicherten Aufenthaltstitel. Vielleicht müssen wir an jene, die auf Dauer oder jedenfalls für längere Zeit hier bleiben werden, noch klarere Erwartungen richten und formulieren. Und da fällt uns auf, ganz praktisch vor Ort, dass es doch keine gesetzliche Möglichkeit gibt, die Eingliederungspläne des Jobcenter und die Integrationspläne in der Sozialbetreuung zusammenzufügen, um an dieser Schnittstelle auch hier Doppelarbeiten oder Auseinanderdriften zu verhindern. Ja auch Sanktionen zu ermöglichen. Ich meine, hier muss dringend etwas geschehen.

Gesellschaftliche Teilhabe

Dass die Ehrenamtlichen in den Asylkreisen, Cafés, an vielen Stellen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Integration leisten, das wissen wir alle. Sie sind aber, nächste Situationsbewertung als Zwischenstand sozusagen nach drei Jahren, sie sind oftmals die einzige Kontaktstelle zur hiesigen Bevölkerung. Die Flüchtlinge erzählen, dass es ihnen fehlt, Kontakt allgemein in die Bevölkerung hinein zu haben und Begegnungen. Teilhabe ist nun einmal eine wichtige Ressource bei der Integration und muss entsprechend in den Blick genommen werden. Teilhabe, Bildung, Arbeit, das sind die wesentlichen Schlüsselfelder für Integration. Ich bin sehr erfreut und finde es auch bemerkenswert, wie insbesondere auch Sportvereine sich der männlichen Flüchtlinge angenommen haben, da geht's meistens um Fußball. Dort gelingt es. Aber wir müssen mehr darauf achten, dass wir in die normale Gesellschaft, wenn Sie so wollen, auch die Flüchtlinge mit hereinnehmen. Da steht uns noch einiges bevor. Vielleicht sind auch drei Jahre zu kurz gewesen, das ist Teil des Arbeitsprogramms für die nächsten Jahre.

Und wenn Sie wissen, dass in Reutlingen über 2/3 unserer Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung, die vorläufige lasse ich einmal weg, Familien sind, dann kann man auch feststellen, wie sehr sich die Zusammensetzung der Flüchtlinge seit 2015 geändert hat. Zunächst einmal und auch medienbestimmend: Viele allein reisende junge Männer, jetzt über 2/3 bei uns Familien, die in den Unterkünften oder Wohnungen leben. Das heißt auch für uns, wir können auf unsere Erfahrungen, die positiven wie die negativen mit den Gastarbeiterzugängen und den Generationen heute blicken, dass wir diese Familien, insbesondere auch die Frauen in den Blick nehmen müssen und nicht beiseite lassen dürfen. Dass es nicht noch einmal passiert, dass die Männer berufstätig sind, leidlich Deutsch sprechen, aber die Ehefrauen nach vielen Jahren, manchmal sogar in der 2. und 3. Generation immer noch nicht richtig Deutsch sprechen, obwohl sie hier geboren sind. Und die Kinder, die Mädchen, nicht in den Schwimmunterricht dürfen. Da müssen wir dringend etwas tun, dass uns das nicht noch einmal sozusagen unbeobachtet auf der Seite passiert.

Dass Wohnraum wichtig ist, will ich nur der guten Vollständigkeit halber erklären und die Schwierigkeiten, die wir haben, weil der Wohnungsmarkt schon angespannt war, als die Flüchtlinge gekommen sind, insbesondere in den wirtschaftsstarken Ballungszentren. Dass sich hier niederschlägt eine verfehlte Politik im sozialen Wohnungsbau über viele Jahre hinweg, das wissen wir alle. Es hilft auch nicht, es zu beklagen. Die Kritik anzubringen schon, aber es nicht zu beklagen. Die Städte legen ja insgesamt ganz große Programme auf, um diese Not zu lindern. Sozialer Wohnungsbau ist keine kommunale Aufgabe, nur nebenbei

bemerkt. Und wir stecken wiederum eigenes Geld hinein, damit hier die Situation etwas verbessert werden kann. Deshalb sind viele Flüchtlinge auch noch in Gemeinschaftsunterkünften, weil es gar nicht gelingt, mit den Wohnungsbauplänen, Verfügbarkeit von Grundstücken und vielem anderen mehr so schnell hintendrein zu kommen, wie es notwendig wäre.

7-Punkte-Aktionsprogramm

Was tun wir in Reutlingen, um den sozialen Frieden zu erhalten? Wir haben ein 7-Punkte-Aktionsprogramm aufgelegt, das will ich Ihnen am Schluss noch kurz darlegen. Ein Programm, auch wiederum ganz allein aus unseren städtischen Mitteln, zumindest bis wir Integrationsmanager in Baden-Württemberg haben, von Hausmeistern, die vor Ort sind und nicht nur den Gebäudebetrieb im Blick haben, sondern auch jeden Neuankömmling über solche Herausforderungen wie Mülltrennung unterrichten. Wir haben Sozialarbeiter und Mitarbeiter, die ausdrücklich und zwar bekannt als Person auch für die Nachbarschaft zur Verfügung stehen. Wohin man sich wenden kann, wenn es nachts zu laut wird oder viele andere Dinge, die beim Zusammenleben der Menschen eben Schwierigkeiten verursachen können. Wir haben eine Stabsstelle Bürgerengagement, deren Schwerpunkt sich seit dem Zuzug jetzt verlagert hat hin zu Flüchtlingen. Dass wir selbst städtische Sprachkurse in Einzelförderung anbieten und Personalressourcen für die Clearingstelle Sprache haben und bereitstellen, habe ich bereits erwähnt. Wir haben an drei Standorten islamische Seelsorge durch uns finanziert, ein ganz wichtiges Thema und für uns wichtige Ansprechpartner, die uns wieder zurückmelden können, wo es denn klemmt. Wir haben Schulungen für Flüchtlinge eingerichtet, die wir durchführen. Schulungen, die sich mit unserer deutschen Gesellschaft, nicht nur mit dem Grundgesetz befassen, sondern auch mit Rollen-Fragen und Geschlechterverständnissen. Ganz interessant, was mir aus diesen Schulungen berichtet wird. Wir haben muttersprachliche Lotsen eingerichtet. Wir haben sofort bei jeder unserer dezentralen Gemeinschaftsunterkünfte Sicherheitsdienste untergebracht, bei uns sind es 21 Gemeinschaftsunterkünfte, von den Wohnungen abgesehen, bei uns läuft Gemeinschaftsunterkunft ab 20 Personen in der Definition. Nachts und am Wochenende, immer wenn Sozialarbeiter, Hausmeister nicht da sind, und wir diskutieren derzeit, auch das will gesagt sein, über Zugangskontrolle und Video, weil eine große Problematik in den Unterkünften Drogen sind, die hineingebracht werden, Prostitution und der Aufenthalt von anderen Menschen, wo ich nicht so recht weiß, was die dort suchen. Und wir finanzieren als Stadt auch unzuständigkeitshalber Rückkehrberatung, die von der Caritas ausgeführt wird.

Finanzielle Unterstützung durch Bund notwendig

Der Bund hat in der letzten Zeit etliches an Mitteln bereitgestellt, mehrere Milliarden für die Kommunen. Allerdings sind die Programme alle auf drei Jahre begrenzt, bis einschließlich 2021. Machen wir uns nichts vor, es ist auch bei den Vorrednern angeklungen: Die Integration wird nicht abgeschlossen sein, sie wird uns viele, viele Jahre, mindestens 10 Jahre, beschäftigen und wir brauchen die Unterstützung von Seiten des Bundes. Nicht nur zur Schonung der kommunalen Kassen, da geht es zunächst gar nicht drum, sondern darum, dass wir auch in Reutlingen, Pars pro toto, in den letzten drei Jahren ganz viele andere Programme, Bauten, Sanierungsmaßnahmen, Ertüchtigungen, Neubauten zurückgestellt haben, um Flüchtlingsunterkünfte hinzubekommen. Und es ist nicht nur eine finanzielle Herausforderung, das ist auch eine Herausforderung an die Kapazität der Menschen, die vor Ort arbeiten. Wir haben viele unbesetzte Stellen, weil der Arbeitsmarkt in unseren wirtschaftsstarken Ballungsregionen sich so darstellt, dass man das zweite und das dritte Mal ausschreibt, um einen Ingenieur zu gewinnen im Hochbauamt. Und wir gar nicht genügend Leute haben vor Ort und auch bekommen können, um mit unserem Bauprogramm dann auch wie geplant zu verfahren. Und wenn die Mittel nicht kommen, auch für das Personal und für vieles andere, dann wird diese Situation in dieser Schieflage bleiben und dann werden wir der aufnehmen-

den Gesellschaft auch Antworten darauf geben müssen, warum Dinge, auf die sie schon lange warten, immer noch nicht kommen. Was dies bedeutet, wissen Sie. Ein letztes Wort noch. Bei Geduldeten, die ebenfalls lange hier bleiben werden, fühlen wir uns alleine gelassen in der Unterstützung. Besonders auch finanziell. Die sind oft genauso lange da, wie die anderen, die vielleicht nach einigen Jahren, ich denke an den Bürgerkrieg im damaligen Jugoslawien, die vielfach wieder zurückgegangen sind und zurück wollten, auch ins Heimatland. Also ob geduldet oder mit einem anderen Aufenthaltstitel, wir müssen uns dieser Menschen annehmen und wir können nicht sagen, nur weil sie geduldet sind, muss sich keiner um sie kümmern, sie gehen ja ohnehin irgendwann wieder zurück. Und deshalb ist der Bund gefordert, sich der finanziellen Verantwortung auch für diese Gruppe zu stellen. Ich meine, dass das, was in Deutschland in den letzten drei Jahren gezeigt worden ist in der Aufnahme im Vergleich zu etlichen anderen europäischen Ländern, zweierlei zeigt: Große Stärke, da bin ich stolz darauf, weil ich eine überzeugte Kommunale bin, unsere kommunale Selbstverwaltung, die die ausgeprägteste in ganz Europa ist. Und es zeigt die Stärke unserer Zivilgesellschaft mit ganz viel ehrenamtlichem Engagement. Darauf können wir bauen, darauf können wir stolz sein und das sollte uns motivieren, das Thema Integration auch weiterhin nicht mit einer negativen Konnotation, sondern als Möglichkeit und Chance zu begreifen.

Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen

Raimund Becker

Vorstand Regionen der Bundesagentur für Arbeit

Sehr gerne stelle ich Ihnen die Perspektive der Bundesagentur für Arbeit zum Thema Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen vor.

Wo stehen wir heute bei dem Thema? Was sind Chancen und Herausforderungen – und wie gehen wir sie an? Aber auch: wo geht die Reise hin – was sind die Punkte, die uns aktuell bewegen und noch weiter beschäftigen werden – in diesem Jahr und darüber hinaus?

Arbeitsmarkt aktuell – Fachkräftesituation

Lassen Sie mich mit einer kurzen Einordnung beginnen:

Der Arbeitsmarkt ist aktuell in guter Verfassung: Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen, die Wachstumsprognosen sind mittelfristig stabil, bei gleichzeitigem demographischen Wandel.

Trotz hoher Flüchtlingszahlen geht die Arbeitslosigkeit zurück: nicht alle geflüchteten Personen sind relevant für den Arbeitsmarkt.

Einige aktuelle Arbeitsmarktzahlen:

Arbeitslosenzahl im Februar:	-24.000 auf 2.546.000
Vorjahresvergleich:	-216.000 (-7,8 Prozent)
Arbeitslosenquote-Quote:	5,7 Prozent (-0,1 Prozentpunkte gegenüber Vormonat)
Gemeldete Stellen im Februar:	764.000
Vorjahresvergleich:	+90.000

Wir sind in einer besonderen Situation: Wir erleben eine Entwicklung von Massenarbeitslosigkeit zu Fachkräftemangel; vom Arbeitgebermarkt zum Arbeitnehmermarkt. Arbeitgeber haben einen hohen Fachkräftebedarf und spüren zunehmend Engpässe.

Drei Säulen der Migration

Zur Fachkräftesicherung brauchen wir gesteuerte erwerbsbezogene Zuwanderung – das ist kein Widerspruch:

Zuwanderung ist nicht nur Fluchtmigration – wir sprechen vielmehr von drei Säulen der Zuwanderung:

- Fluchtmigration/ Humanitäre Zuwanderung
- (erwerbsbezogene) Migration aus EU Ländern
- (erwerbsbezogene) Migration aus Drittstaaten

EU-Migration macht derzeit noch den größten Teil aus, wird mittelfristig aber nicht ausreichen um Fachkräftebedarf zu decken. Es ist eine gezielte Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten erforderlich. Daher bringen wir uns aktiv in die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz ein. Wir brauchen eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbe-

dingungen, eine Verbesserung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von (Teil-) Anerkennungen, aber natürlich auch: Einstellungsbereitschaft der AG. Humanitäre Zuwanderung / Fluchtmigration ist eine von drei Säulen – mit Blick auf die Fachkräftesicherung können wir uns nicht nur auf eine konzentrieren.

Die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, sind aktuell nicht der Schlüssel für die Lösung unserer Fachkräftengpässe: sie sind möglicherweise die Fachkräfte von morgen oder übermorgen. Wir arbeiten jetzt mit den Menschen, qualifizieren sie und machen sie fit für den Arbeitsmarkt: eine Investition in die Zukunft

Wo stehen wir aktuell bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten?

Das „Flüchtlingsthema“ war das große Thema der letzten Jahre für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – es hat uns alle gefordert und fordert uns noch immer.

Zu Beginn der großen „Flüchtlingswelle“ in 2015/16 hat sich die Situation auch für uns als BA als „ungeregelter Ausnahmezustand“ dargestellt. Weder in Politik, Verwaltung, oder Kommunen, bestand Transparenz darüber, wie viele Menschen mit welchen Qualifikationen und Stärken mit einem Asylgesuch nach Deutschland kamen. Auch wir als BA mussten auf den Zustrom reagieren – Planung war nur sehr begrenzt möglich. Inzwischen haben wir Erfahrungen gesammelt – wir können planen – und immer mehr in ein geregeltes Geschäft kommen.

Zur Einordnung: Wir haben Insgesamt circa 1,6 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. In 2017 wurden 187.000 Schutzsuchende registriert, in 2016 waren es 280.000, in 2015 noch 890.000 Personen. Aber nicht alle 1,6 Millionen sind relevant für den Arbeitsmarkt. Aktuell haben wir rund 600.000 Kundinnen und Kunden (8 HKL) im Bestand – und wir sind inzwischen besser informiert und besser aufgestellt – wir wissen etwas über diese Menschen: 69 Prozent der arbeitslosen Geflüchteten sind männlich; 57 Prozent der Geflüchteten sind jünger als 35 Jahre, 19 Prozent unter 25 Jahre.

Diese Daten sind von wesentlicher Bedeutung für unsere Arbeit – sie geben Aufschluss, wo wir mit unserer Arbeit ansetzen müssen und wo besondere Herausforderungen bestehen, denn wir müssen mit den Menschen arbeiten, die hier sind: Potentiale nutzen, Perspektiven schaffen.

Inzwischen ist klar, dass die Arbeitsmarktintegration weitaus mehr Zeit benötigt, als zu Beginn angenommen – es sind eben nicht (nur) die Fachkräfte zu uns gekommen, die wir so dringend benötigen. Wir waren dabei von Beginn an sehr transparent und haben mit „chancenorientiertem Realismus“ deutlich gemacht, dass es einen langen Atem braucht. Aber – und das macht durchaus Mut: wir können mittlerweile auch Erfolgsgeschichten erzählen: Wir können 64.700 Abgänge in den 1. Arbeitsmarkt verzeichnen ((8 HKL) Dezember 2016 – November 2017), 54.600 davon sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.

Chancen und Herausforderungen

Wir haben inzwischen einen guten Überblick und können mit unseren Erfahrungen der letzten Jahre sagen, wo die Chancen und Herausforderungen bei der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen liegen.

Chancen sehen wir zum Beispiel in der Altersstruktur und der Motivation der Menschen: es sind viele junge Leute zu uns gekommen: unter 35 – unter 25 Jahren – also Menschen, die dem Arbeitsmarkt noch lange zur Verfügung stehen können und die zum Beispiel noch eine

Berufsausbildung absolvieren können. Ein Großteil dieser Menschen ist sehr motiviert eine Beschäftigung aufzunehmen und den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Eine weitere Chance liegt in den zum Teil „verborgenen“ Kompetenzen der Geflüchteten: praktische Berufserfahrung, die sie in ihrer Heimat gesammelt haben. Die Herausforderungen dabei liegen nahe:

Viele Geflüchtete möchten möglichst schnell arbeiten – aber es fehlen häufig formelle Qualifikationen: Zeugnisse, Berufsabschlüsse ... deshalb suchen zum Beispiel circa 67 Prozent der Geflüchteten eine Tätigkeit auf Helferniveau. Nur etwa jeder 10. verfügt über einen anerkannten oder etwa gleichwertigen Bildungsabschluss.

Die TOP 15 Berufe sind Helfertätigkeiten (Reinigung 69.100, Lagerwirtschaft 45.400, Küche 41.200, Verkauf 29.000, Büro 13.800).

Des Weiteren spielen die Sprachkenntnisse eine entscheidende Rolle: es fehlen vielfach Deutschkenntnisse oder sie sind unzureichend – oft auch nach dem Integrationskurs. Dies liegt zum Beispiel auch an dem hohen Anteil von Analphabeten und Zweitschriftenlernern. Es braucht Alphabetisierungskurse, eine gute ethnische Durchmischung bei der Zusammensetzung der Lerngruppen und es muss bedacht werden, dass Menschen, die aus einem anderen Bildungssystem kommen und vielleicht noch nie beschult worden sind, kaum über unsere klassische Methodik/Didaktik lernen. Sprachkompetenz ist die Sollbruchstelle für die Integration in Arbeit – und in die Gesellschaft.

Zwei weitere wichtige Punkte, die uns beschäftigen und eine Herausforderung darstellen:

1. Wie können wir die große Gruppe von Frauen erreichen? Hier spielen kulturelle Unterschiede und auch Aspekte wie Kinderbetreuung eine entscheidende Rolle.
2. Aufgrund des unterschiedlichen kulturellen „Betriebssystems“ versuchen Geflüchtete häufig in ihren bzw. über ihre „Communities“ Anschluss und Erwerbstätigkeiten zu finden.

Besonders diese beiden letzten Aspekte sind von großer Bedeutung für die Integration in den Arbeitsmarkt – und in die Gesellschaft.

Was braucht es für erfolgreiche Arbeitsmarktintegration?

Aus den identifizierten Herausforderungen ergeben sich für uns die wichtigsten Ansatzpunkte – sie liegen auf der Hand: Sprache, Kompetenzen sichtbar machen und Qualifizierung. Die Sprachkompetenz ist der wesentliche Faktor für erfolgreiche (Arbeitsmarkt)Integration. Die Sprachförderung des Bundes wurde im Verlauf der letzten Jahre ausgebaut – das ist gut und wichtig. (Ein Problem ist noch, dass die Sprachkompetenz der Absolventen auch nach I-Kurs oftmals nicht ausreichend ist.)

Wir legen den Fokus auf die Verknüpfung mit dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einschließlich der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Wir nutzen Förderinstrumente, die wir speziell für die Zielgruppe entwickelt haben und kombinieren sie mit unseren Regelinstrumenten – das ist auch ein Zeichen, dass die Menschen immer mehr in unserem „Regelsystem“ ankommen.

Ganz bewusst setzen wir inzwischen vermehrt darauf, Spracherwerb, Ausbildung und berufsqualifizierende Maßnahmen mit zügiger Aufnahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbinden – das kommt auch den Menschen entgegen und holt sie ab.

Wichtig ist dabei auch, Kompetenzen sichtbar zu machen – häufig haben Geflüchtete in der Heimat gearbeitet und praktische Kenntnisse und Fähigkeiten erworben, die auf dem Arbeitsmarkt nützlich sind – es fehlen aber die Nachweise. Hier arbeiten wir nicht nur mit Dolmetschern in Beratungsgesprächen sondern haben Instrumente verschiedene Instrumente entwickelt:

Zum einen haben wir inzwischen die Möglichkeit, im Wege von Aktivierungsmaßnahmen nach § 45 SGB III (PerF, KompAS) vorhandene berufliche Kompetenzen im Echtbetrieb festzustellen. Zum anderen haben wir mit MYSKILLS ein Instrument zur Sichtbarmachung non-formell und informell erworbener beruflicher Kompetenzen durch ein technologiegestütztes Verfahren. MySkills wurde zusammen mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt, aktuell können 8 Berufe in 6 Spalten getestet werden – insgesamt werden es 30. Nicht zuletzt ist es natürlich entscheidend, die Menschen – entsprechend ihrer individuellen Voraussetzungen – über Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu qualifizieren.

Was tun wir? Wie schaffen wir Perspektiven?

Wir setzen bei unseren Aktivitäten auf Frühzeitiges und durchgehendes Engagement in allen Phasen mit den passenden Maßnahmen:

Unser Weg beginnt bei der (1) Kontaktaufnahme in Ankunftszentren, führt über (2) Verbindliche und systematische Sprachförderung, (3) Berufsorientierung und Beratung sowie (4) Kompetenzerfassung und Profilbildung zu (5) (Teil-) Qualifizierung und Weiterbildung. Dabei arbeiten wir mit unseren Arbeitsmarktpartnern zusammen und setzen nicht zuletzt auch auf (6) die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern.

Wie bereits erwähnt wünscht die Mehrheit der Geflüchteten eine möglichst schnelle Einmündung in Arbeit und kann aufgrund der fehlenden Abschlüsse oft nur Helferjobs ausüben. Für uns ist es eine große Herausforderung, die Menschen von der Notwendigkeit einer Aus- und Weiterbildung zu überzeugen. Nur so lassen sich Brüche in den Biographien vermeiden und langfristige Perspektiven schaffen.

Wir haben verschiedene Instrumente entwickelt – und weiterentwickelt – um gerade die vielen jungen Menschen die zu uns gekommen sind an Berufsausbildungen heranzuführen: Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerJuF), Perspektiven für junge Flüchtlinge im Handwerk (PerJuF-H), „Step by Step in die betriebliche Ausbildung“, Einstiegsqualifizierung (EQ). Das ist nicht immer einfach – zum Beispiel: Wie erklären Sie einem Jugendlichen aus Syrien die Vorteile der dualen Ausbildung, wenn Sie in einem Beratungsgespräch versuchen den Unterschied von „Master“ und „Meister“ auf Englisch zu erklären?

Für (ältere) Personen, die bereits in ihrer Heimat Berufserfahrung gesammelt haben, setzen wir auf Qualifizierung während einer Beschäftigung. Über Kombinationsinstrumente wie KompAS (Integrationskurs + Aktivierungsmaßnahme) oder KomBer (Berufsbezogene Sprachförderung + Aktivierungsmaßnahme) versuchen wir, die Menschen an den Arbeitsmarkt heranzuführen – hier sind kulturelle Unterschiede nicht zu unterschätzen. Über Instrumente wie Kommit oder über Regelinstrumente wie zum Beispiel WeGebAu können auch während einer Beschäftigung qualifizieren.

Ganz wichtig ist es außerdem, die Frauen nicht zu vergessen; hier darf nicht der gleiche Fehler passieren wie bei der Gastarbeitergeneration. Wir versuchen gezielt, geflüchtete Frauen zu aktivieren und zu fördern – zum Beispiel über das Instrument Perf-W. Hier treffen wir auf besondere Herausforderungen: Interkulturelle Aspekte wie ein traditionelles Rollenbildes in dem die Frau gar nicht Richtung Arbeitsmarkt orientiert ist, sind die eine Seite; ganz

praktische Fragen wie die Organisation von Kinderbetreuung während eines Sprachkurses oder einer Maßnahme – die andere.

Exkurs: Umgang mit Geduldeten

An dieser Stelle eine kurzer Exkurs zu einer weiteren Herausforderung vor der wir stehen: der Umgang mit Geduldeten.

Als BA befinden wir uns hier in einem Spannungsfeld zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes (schnelle Arbeitsmarktintegration; Fachkräftebedarf) und der innenpolitische Seite (unter anderem Sicherheit und Finanzen) andererseits.

Grundsätzlich ist für Geduldete nach 3 Monaten ein Arbeitsmarkt- bzw. Problem (u. a.): Ausbildungszugang möglich, aber ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist dies kaum möglich und die Teilnahme an Integrationskursen und berufsbezogener Sprachförderung umfasst nicht alle Formen der Duldung.

Auch die Umsetzung der 3+2 Regelung ist bislang problematisch: häufig besteht auch nach Abschluss des Ausbildungsvertrages noch keine Rechtssicherheit; und Ausbildungen unter 2 Jahren sind nicht abgedeckt.

Wir unterstützen die arbeitsmarktpolitische Sichtweise: eine frühzeitige Beratung aller potenziellen Arbeitsuchenden – auch Geduldeter – zur raschen Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Unsere Position und entsprechende Empfehlungen haben wir in politische Diskussion eingebracht – und einige Punkte finden sich bereits im Koalitionsvertrag wieder.

Das Thema wird uns weiter beschäftigen – Ziel muss sein: einen größtmöglichen Konsens zwischen Innen- und Arbeitsmarktpolitik herzustellen, damit wir auch mit diesen Menschen arbeiten und Perspektiven bieten können.

Zusammenarbeit mit Kommunen + Arbeitsmarktpartnern

Bevor ich zum Abschluss komme, lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich machen: auch aus unserer Sicht kann (Arbeitsmarkt-) Integration nur gemeinsam gelingen: Wir brauchen eine Zusammenarbeit mit der Politik, mit den Kommunen. Der Auf- und Ausbau von Netzwerken ist von wesentlicher Bedeutung: und hier haben wir schon viel erreicht: die Zusammenarbeit und der Austausch mit Sozialämtern, Jugendämtern, Ausländerbehörden, Bildungsträgern, Beratungsstellen wird flächendeckend als gut bezeichnet.

Eine Herausforderung ist sicherlich noch die teils unterschiedliche Entscheidungspraxis der Ausländerbehörden und die dortige personelle Ausstattung, die es unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Agenturen und Jobcentern nicht immer leicht macht, Ansprechpersonen zu finden. Hier ist es ganz wichtig, dass wir miteinander im Gespräch bleiben.

Neben unserer guten Vernetzung und Zusammenarbeit ist es aber letztendlich auch entscheidend, dass Arbeitgeber und Unternehmen „dabei“ sind: selbstverständlich braucht es gute Vorbereitung und Motivation der Geflüchteten – zum Schluss sind aber Arbeitgeber und Unternehmen gefordert den Menschen eine Chance zu geben und sie einzustellen.

Ich war in den vergangenen Monaten häufig unterwegs in den Regionen und habe mir viele gute Beispiele ansehen können:

Gemeinsame Anlaufstellen für Geflüchtete (Amt für Migration und Flüchtlinge + AA+ JC in Freudenberg, Nagold, Pforzheim), lokale Initiativen zum Berufseinstieg (Sprint Dual in Verden) oder auch Betriebe, die ihren Personalbedarf durch die Einstellung von Geflüchteten decken (PWG, Landkreis Sonneberg).

Einer der großen Erfolgsfaktoren war stets die gute Zusammenarbeit aller beteiligten Arbeitsmarktpartner – dafür möchte ich auch hier werben: lassen Sie uns gemeinsam gut zusammenarbeiten.

Wie geht es 2018 weiter?

Auch wenn die geflüchteten Menschen – zumindest kurzfristig – nicht der Schlüssel zur Deckung unserer Fachkräfteengpässe sind, müssen wir jetzt mit ihnen arbeiten, sie qualifizieren und fit machen für den Arbeitsmarkt – denn wir brauchen sie zukünftig als Fachkräfte. Von den rund 600.000 erwerbsfähigen leistungsberechtigten Geflüchteten sind derzeit 26 Prozent arbeitslos, 39 Prozent in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und 12 Prozent befinden sich in schulischer, akademischer und ungeförderter Ausbildung.

Entscheidend in 2018 wird es sein, junge Geflüchtete in die duale Ausbildung zu integrieren. Das ist der nachhaltigste Weg für eine dauerhafte Integration und selbstbestimmtes Leben. Wir müssen Frauen gezielt aktivieren und fördern und so die Fehler die bei der sogenannten Gastarbeitergeneration gemacht wurden vermeiden. Und wir müssen verhindern, dass Flüchtlinge in Langzeitarbeitslosigkeit rutschen; außerdem dürfen wir nicht in eine Situation kommen, in der Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose n bei der Integration in Beschäftigung in Konkurrenz treten.

Für die Chancengleichheit muss der geregelte Ausnahmezustand immer mehr verlassen werden. Dann werden aus Flüchtlingen Migranten, das Flüchtlingsgeschäft wird zum „herausfordernden individuellen Normalgeschäft“.

Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

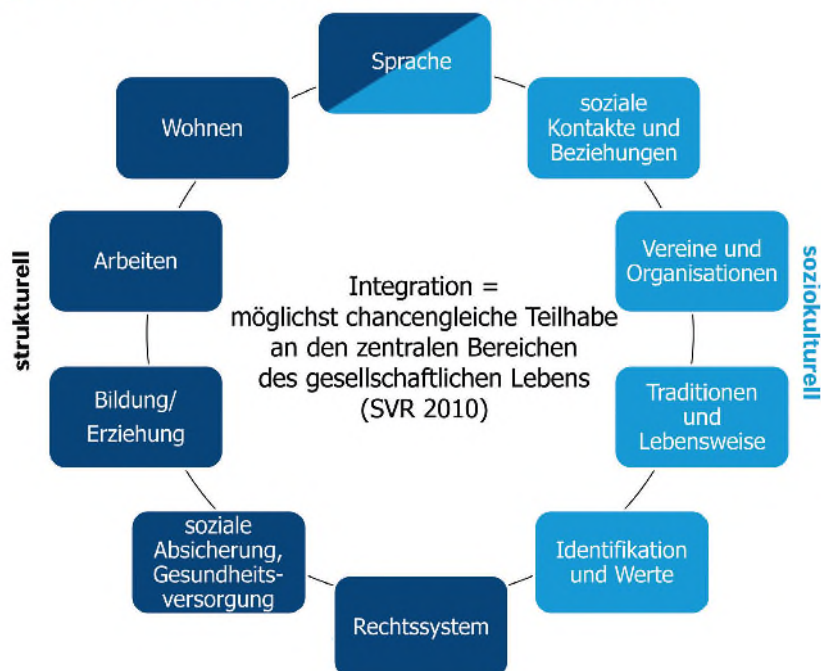


Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen

Prof. Dr. Thomas Bauer, Vorsitzender des Sachverständigenrats
21. März 2018 | 5. Integrationskonferenz Deutscher Städtetag

Eine Initiative von:
Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband
und Vodafone Stiftung Deutschland

Integration und Teilhabe: Worüber sprechen wir?

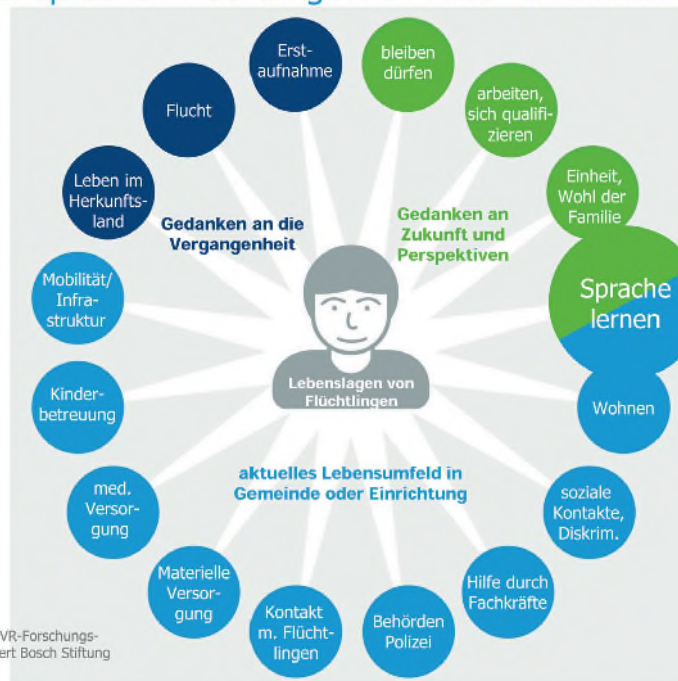


Worüber sprechen Flüchtlinge?



Interviewstudie des SVR-Forschungs-bereichs und der Robert Bosch Stiftung (2016/17)

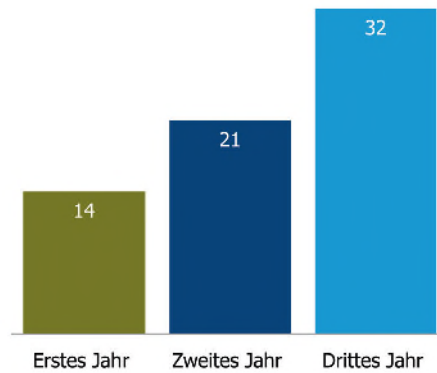
Worüber sprechen Flüchtlinge?: **SPRACHE LERNEN**



Interviewstudie des SVR-Forschungs-bereichs und der Robert Bosch Stiftung (2016/17)

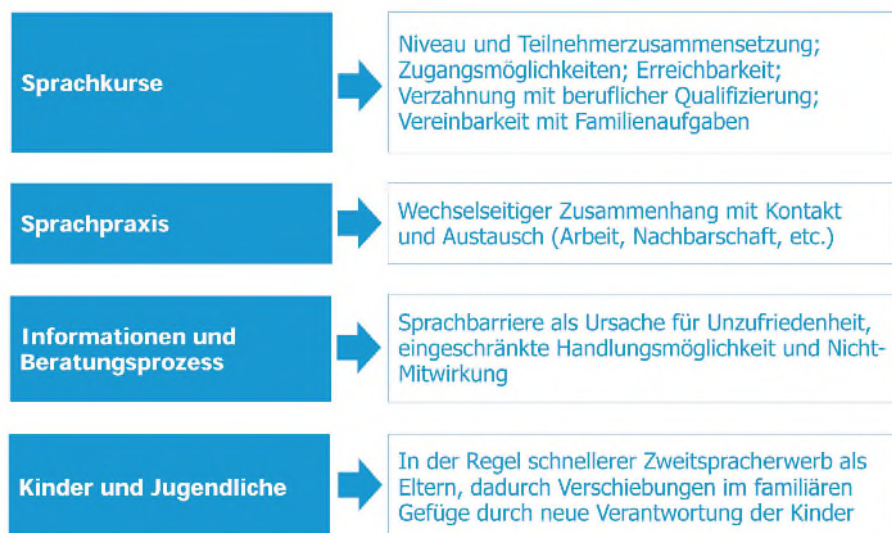
Sprachkenntnisse steigen mit der Aufenthaltsdauer: Nach 3 Jahren sprechen etwa ein Drittel gut oder sehr gut Deutsch

Anteil Geflüchteter mit guten und sehr guten Deutschkenntnissen nach Aufenthaltsdauer, 2016, in %



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; Personen, die zwischen 2013 und Januar 2016 eingereist sind.

Spracherwerb: Herausforderungen



Spracherwerb: Erfolgsfaktoren

- 1 Zugang zu Sprachkursen frühzeitig und bedarfsgerecht fördern (unabhängig von Bleibeperspektive); heterogenes Angebotsportfolio koordinieren.
- 2 Möglichkeiten des sozialen Kontakts und Austauschs schaffen.
- 3 Information und Beratung: Besonders in Anfangszeit angemessen (und möglichst mit Sprachmittlern) kommunizieren. Schriftliche Informationen in Muttersprachen bereitstellen.

Worüber sprechen Flüchtlinge?: **KONTAKTE**



Interviewstudie des SVR-Forschungsbereichs und der Robert Bosch Stiftung (2016/17)

Anfangs nur wenige Gelegenheiten für persönliche Begegnung mit der einheimischen Bevölkerung.

Gemeinschaftsunterkunft und Sprach- bzw. Qualifizierungskurse	➔	Häufigste Kontaktsituationen im Alltag, aber eher Kontakt zu anderen Flüchtlingen
Ehrenamtliche Helfer und Angebote, die auf persönlichen Kontakt abzielen	➔	Wichtige Möglichkeit für Begegnung und soziale Kontakte
Arbeit, Nachbarschaft	➔	Wichtige Kontaktmöglichkeit, aber anfänglich noch selten
Sport	➔	Gute Kontaktmöglichkeit, aber vorwiegend für Männer
zufällige, spontane oder selbst initiierte Kontakte	➔	abhängig von Eigeninitiative, Sprachkenntnissen und Gelegenheiten



Wertevermittlung und soziale Teilhabe

Wertevermittlung kann nicht nur in Kursen geschehen: Werte werden im Alltag erlernt und übernommen

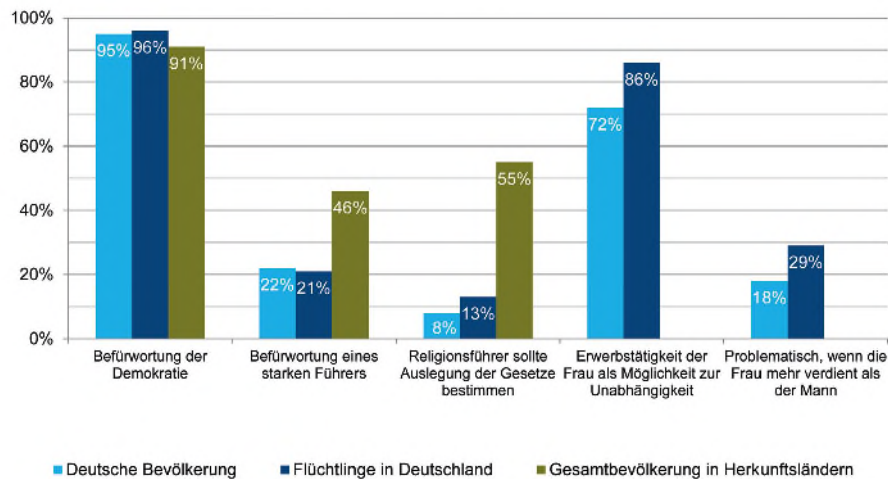
Grundsätzlich gilt: in einer freiheitlich-pluralen Demokratie sind grundlegende Spielregeln wichtig (insbesondere Verpflichtung auf die geltende Rechtsordnung)

Erste Studien zeigen:

- Mehr Gemeinsamkeiten in den Einstellungen zu Demokratie und Grundwerten zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung in Deutschland als zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung ihrer Herkunftsländer
- Es bestehen aber z.T. deutliche Unterschiede im Verständnis der Geschlechterrollen zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung in Deutschland

Bisher wenig Erkenntnisse über die Wertvorstellungen von Flüchtlingen

Einstellungen zu Demokratie und Geschlechterrollen von Deutschen, Flüchtlingen und der Bevölkerung in Herkunftsländern von Flüchtlingen



Quelle: IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten 2016/World Values Survey 2010-2014; eigene Darstellung

Wertevermittlung kann nicht nur in Kursen geschehen: Werte werden im Alltag erlernt und übernommen

Grundsätzlich gilt: in einer freiheitlich-pluralen Demokratie sind grundlegende Spielregeln wichtig (insbesondere Verpflichtung auf die geltende Rechtsordnung)

Erste Studien zeigen:

- Mehr Gemeinsamkeiten in den Einstellungen zu Demokratie und Grundwerten zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung in Deutschland als zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung ihrer Herkunftsländer
- Es bestehen aber z.T. deutliche Unterschiede im Verständnis der Geschlechterrollen zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung in Deutschland

Wertevermittlung durch Kurse notwendig, aber nicht hinreichend

- Übernahme von Werten lässt sich nicht staatlich steuern: Staat kann nur informieren
- Werte müssen in Alltagssituationen umgesetzt werden: theoretisches Wissen ist keine Garantie
- Aneignung von Werten hängt auch mit anderen Faktoren zusammen (z.B. Sozialisation, praktische Erfahrung im Alltag, Möglichkeiten zum „Erleben und Einüben“)

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Integration für Neuankommende

Werte werden nicht in Kursen gelernt, sondern vor allem im Alltagshandeln und durch Erfahrung; Teilhabe in den gesellschaftlich relevanten Bereichen des Lebens muss erlebt werden

Integration für Alteingesessene

Prävention, Sozialisation und politische Bildung spielen für alle eine wichtige Rolle; diese ‚doppelte‘ Integrationspolitik muss die Pluralität einer modernen Gesellschaft vermitteln

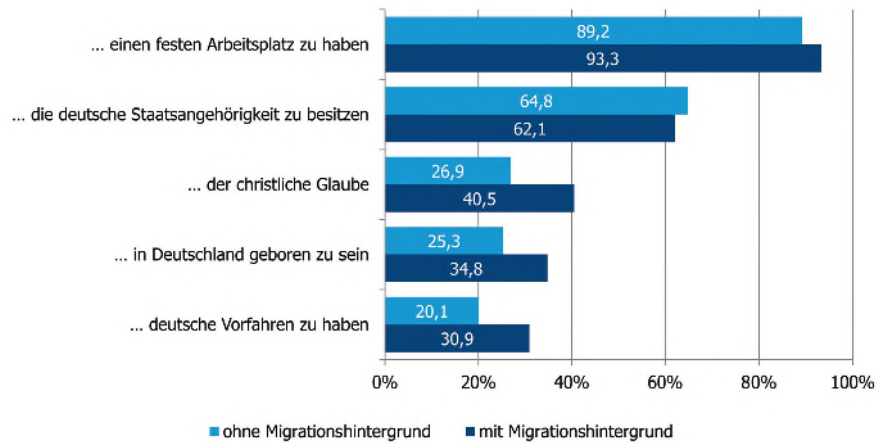
Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Von Kontakten auf Augenhöhe profitieren alle Menschen: sie wirken Abschottung und Isolation sowie Ängsten oder Befürchtungen entgegen; dies fördert Zugehörigkeit

Ein fester Arbeitsplatz ist das wichtigste Kriterium der Zugehörigkeit zur Gesellschaft.

„Um zur Gesellschaft dazuzugehören, ist wichtig ...“

Zusammenfassung der Antworten „sehr wichtig“ und „eher wichtig“



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Sachverständigenrat: Teilhabe fördern, Zusammenhalt sichern

- Grundsatz 1: Den Flüchtling gibt es nicht. Ankommen braucht unterschiedlich viel Zeit.
- Grundsatz 2: **Auf Bewährtes setzen**; Sonderprogramme nur, wo nötig, eher Instrumente stärken, die Allen zugute kommen

- Flüchtlinge haben oft mit vielfältigen Herausforderungen zu kämpfen. Sie sind Belastungsfaktoren ausgesetzt, die die Integration erschweren.
- Flüchtlinge brauchen Hilfe, aber auch nicht zu viel: echter Kontakt auf Augenhöhe und Empowerment statt passive Hilfeempfänger.
- Bildungserfolge fördern und von sozialer Herkunft entkoppeln
- Arbeitsmärkte öffnen und flexibler gestalten
- Integrationsmonitoring verbessern
- Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren: Doppelpass mit Generationenschnitt

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

 www.svr-migration.de

 [@svr_migration](https://twitter.com/svr_migration)

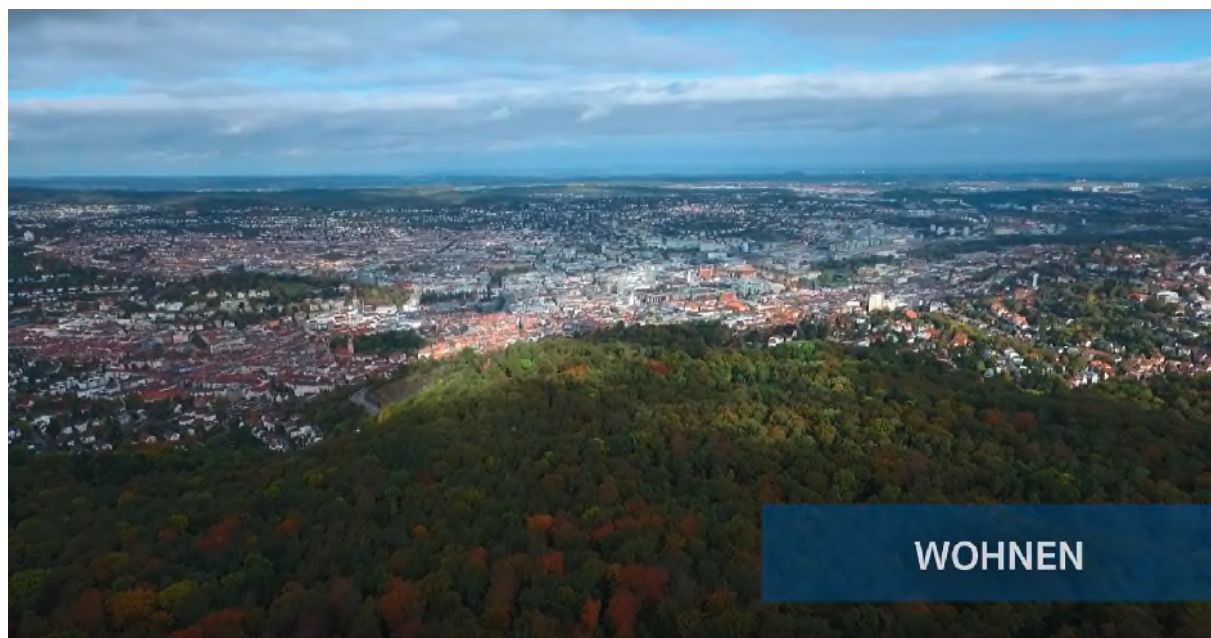
Eine Initiative von:
Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband
und Vodafone Stiftung Deutschland

Ankommen. Warten. Bleiben. Mitgestalten. Flüchtlingsintegration konkret in den Kommunen.

Der Stuttgarter Weg der Flüchtlingsintegration

Bürgermeister Werner Wölfle

Referat Soziales und gesellschaftliche Integration





DEZENTRALE SYSTEMBAUTEN



HÖCHSTENS 160 GEFLÜCHTETE
PRO SYSTEMBAU



ARBEIT







Der auf der Integrationskonferenz gezeigte Film kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://fluechtlinge.stuttgart.de/item/show/604431>

Go for Integration, Dresden

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

GO FOR INTEGRATION

Dresdens Wege zur Integration

Integrationskonferenz | Stuttgart | 21.03.2018

Landeshauptstadt
Dresden



Dresden.
Dresdner

Unsere Vision: Die solidarische Stadt



Sven Döring DMLBY

- Mission 1: Soziale Betreuung**
- Mission 2: Unterbringung**
- Mission 3: Bildung**
- Mission 4: Arbeitsmarktintegration**
- Mission 5: Gesellschaftliche Integration**

Landeshauptstadt
Dresden



Dresden.
Dresdner

Integration und Teilhabe vom 1. Tag an!



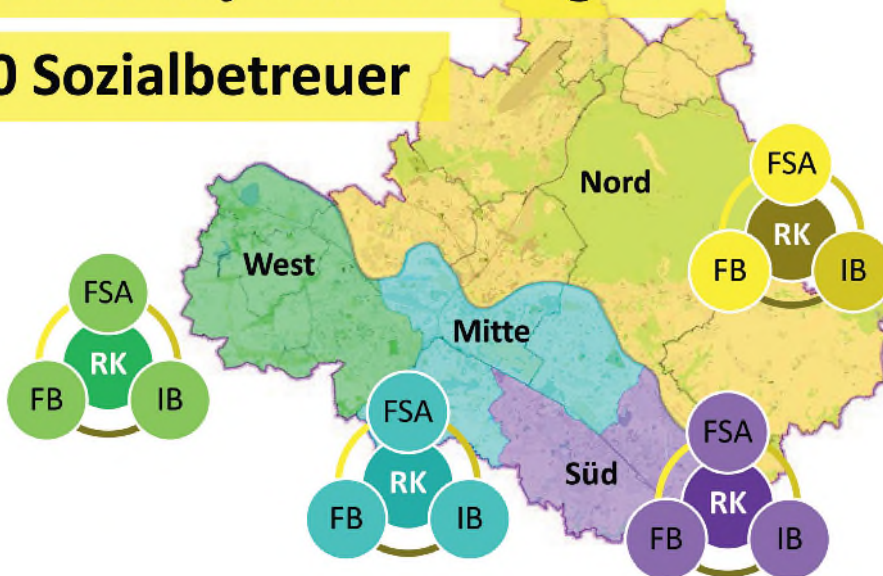
Foto: privat

Keiner darf verloren gehen!



1 Team in jeder Stadtregion

50 Sozialbetreuer



40 bürgerschaftliche Initiativen

darunter 20 Willkommensbündnisse



2500 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer

Integrationskonferenz
31.03.2018 | Folie 7

Landeshauptstadt
Dresden



Dresden.
Dresdner

Dezentral vor zentral!

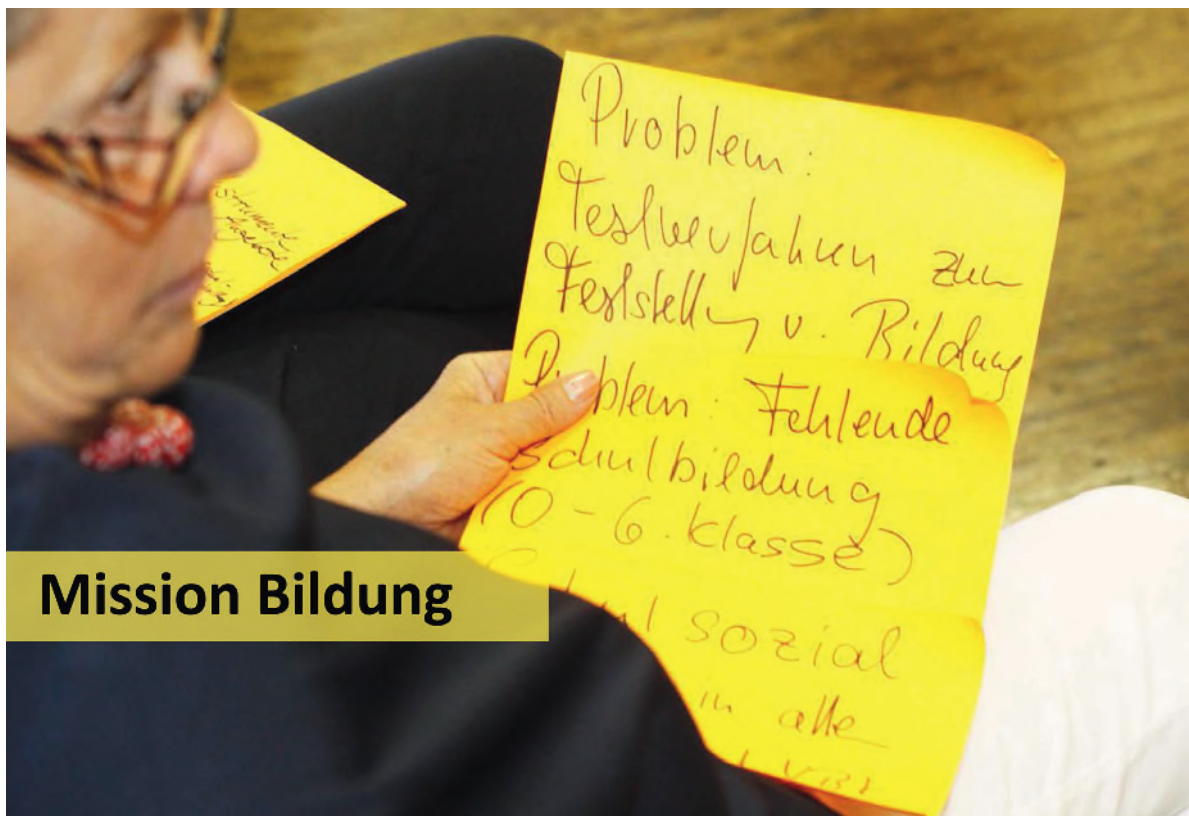


> 2/3 Unterbringung in Wohnungen

Foto: privat

Exkurs: Besonders schutzbedürftige Geflüchtete

- ✓ alte Menschen
- ✓ schwangere oder alleinerziehende Frauen
- ✓ Christen und andere religiöse Minderheiten
- ✓ LSBTTIQ*- Geflüchtete
- ✓ Personen mit Behinderung/schwerer Krankheit (inkl. HIV)
- ✓ Menschen mit psychischen Störungen
- ✓ pflegebedürftige Personen
- ✓ Opfer von Gewalt (häuslich, rassistisch motiviert, sexuell), Folter, Vergewaltigung und Menschenhandel



Mission Bildung

Lenkungsausschuss Integration in Arbeit und Ausbildung vereint wichtige Netzwerkpartner (Auswahl)

- Arbeitsagentur
- BAMF
- DGB
- IQ-Netzwerk Sachsen
- Landesamt für Schule und Bildung
- Jobcenter
- Kammern: IHK, HWK
- Stadtverwaltung (Ausländerbehörde, Sozialamt, Jugendamt, Amt für Wirtschaftsförderung)
- Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen e. V.

Landeshauptstadt
Dresden



Dresden.
Dresdner



Typisch deutsch: „Mein Ordner“


THESENPAPIER 2017

Machen wir die richtigen Dinge und machen wir die Dinge richtig?

These 5:
Das System muss die Integration des Menschen unterstützen und nicht der Mensch die Integration des Systems.

Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Regeldienste!

http://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/archiv/2017/09/pm_113.php

Landeshauptstadt Dresden  Dresden.

leading by example

VAbA – Vorbereitung junger Asylsuchender auf eine berufliche Ausbildung

Geflüchtete werden innerhalb von zwei Jahren an eine Berufsausbildung herangeführt. Erfolgreiche Teilnehmer erhalten einen **Ausbildungsplatz**. Fünf städtische Unternehmen kooperieren in dem Brückenprogramm.

KOMPAKT – Kompetente Aktivierung der Teilnehmer

Die Stadtverwaltung stellt Geflüchteten betreute Praktikumsplätze zur Berufsfelderkundung bereit. Zeitgleich können maximal fünf Personen teilnehmen. Die Einsatzorte sind vielfältig. Ziel ist die Einmündung in einen **Ausbildungsplatz** bei der Stadtverwaltung.

VAbA Team-Event



Mission erfüllt?



Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

geschaeftsbereich-soziales@dresden.de

0351-4882801

Landeshauptstadt
Dresden

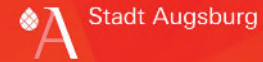


Dresden.
Dresdner

Vier Mal Eins der Teilhabe, Augsburg

Dr. Margret Spohn

Leiterin Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt



Deutscher Städtetag: Städte I(i)eben Vielfalt Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute? 21.3.2018 Stuttgart

Augsburg: Vier Mal Eins der Teilhabe – ein theoretisches Konzept und dessen praktische Anwendung

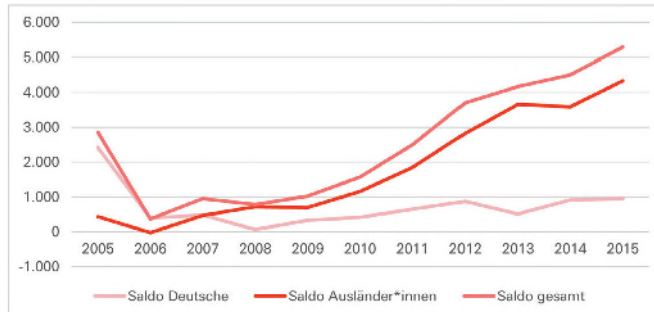
Dr. Margret Spohn, Leiterin des Büros für Migration, Interkultur und Vielfalt



Augsburg in (ganz wenigen) Stichpunkten

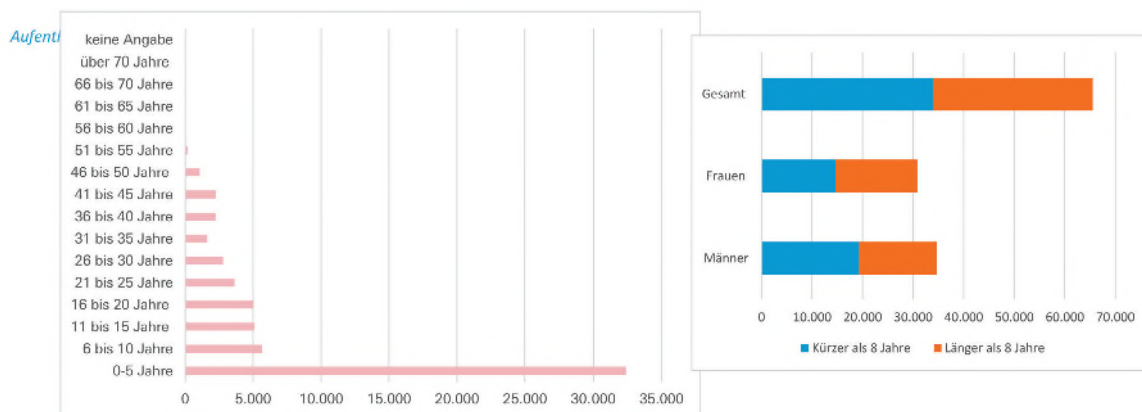
- **Drittgrößte Stadt Bayerns**
- **Friedensstadt**
- **Migrationshintergrund fast 50% (46,6%)**
- **Menschen aus 166 Ländern leben in der Stadt**
- **Stadt der Zuwanderung**

Augsburg wächst durch Zuzug von Ausländern*innen



- zwischen 2005 und 2015 hatte Augsburg durch Zuwanderung einen Saldo von 27.711 Personen. Davon waren 19.706 Ausländer*innen und 8.005 Deutsche. Augsburg wächst durch die Zuwanderung von Ausländern*innen.

Aufenthaltsdauer der Ausländer*innen in Augsburg zum 31.12.2016



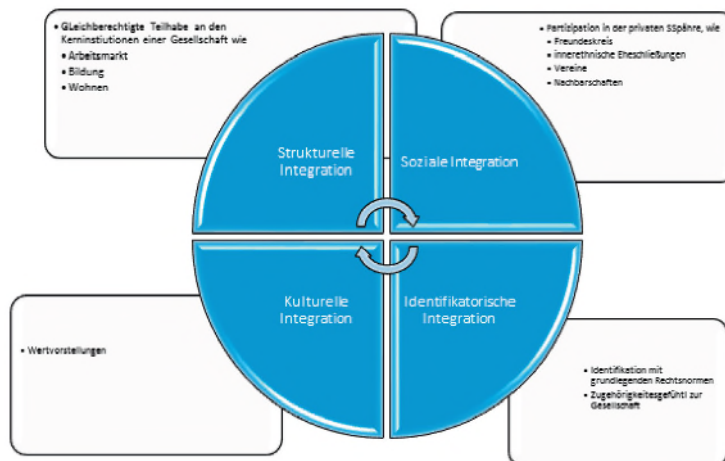
Quelle: Stadt Augsburg, Melderegister, Bürgeramt, Amt für Statistik und Stadtforschung, eigene Berechnungen

- bis vor 5 Jahren überwogen in Augsburg die Ausländer*innen, die schon seit vielen Jahren in der Stadt lebten. Durch die Zuzug aus der EU und durch Geflüchtete, hat sich dies verschoben. Dies hat Auswirkungen auf Integrationsangebote, die nun in viel stärkerem Maße gefordert sind.

Augsburg in (ganz wenigen) Stichpunkten

- **Integrationsentwicklungskonzept**

Integration nach Prof. Dr. Friedrich Heckmann

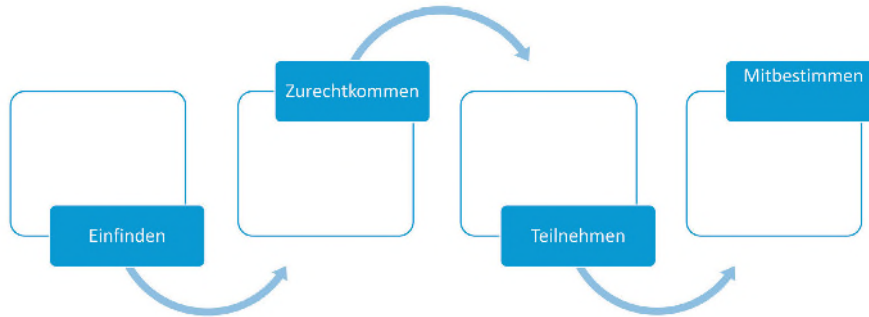


▪ Eigene Darstellung

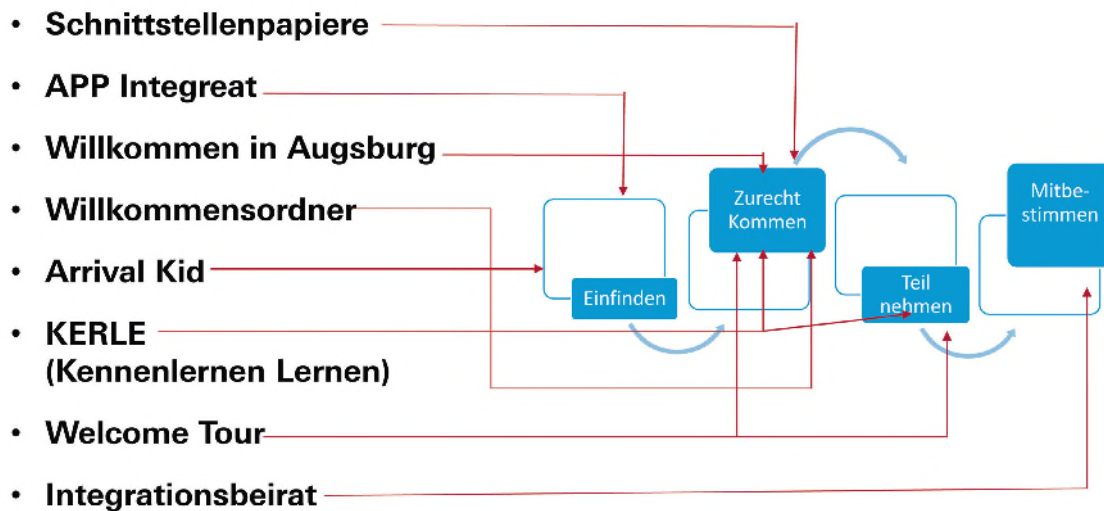
Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt

Unser Integrationsverständnis:

Vier Mal Eins der Teilhabe – Integrationskette für die Kommune



Vier Mal Eins der Teilhabe – Überblick schaffen



Vier Mal Eins der Teilhabe

Akteurinnen und Akteure sichtbar machen – Lücken identifizieren

Projekt/ Vorhaben	Aus= führende	Ziel= gruppe	Einfinden	Zurecht= kommen	Teil= nehmen	Mitbe= stimmen
KERLE	Junge Männer mit Migrations= hintergrund (Heroes)	Geflüchtete junge Männer		X	X	
Arrival Kid	Wohlfahrts= verbände, Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt	Neuzugewanderte	X			
Welcome Tour	Geflüchtete	Geflüchtete	X		X	
MUSA	Augsburger Muslime/a	Augsburger Muslime/a		X	X	X
Integrationsbeirat	Augsburger*innen mit Migrationshintergrund	Stadtgesellschaft			X	X
Drachenbau workshop	Geflüchtete aus Afghanistan	Stadtgesellschaft			X	

Seite 8

Vier Mal Eins der Teilhabe

Akteurinnen und Akteure sichtbar machen – Lücken identifizieren

Projekt/ Vorhaben	Aus= führende	Ziel= gruppe	Einfinden	Zurecht= kommen	Teil= nehmen	Mitbe= stimmen
Schnittstellenpapier Beratung	Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt	Beraterinnen und Berater in der Migrationsarbeit		X		
Schnittstellenpapier Netzwerke	Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt			X		
Schnittstellenpapier Projekte	Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt			X		
Drachenbau workshop	Geflüchtete aus Afghanistan	Stadtgesellschaft			X	

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Margret Spohn

Leiterin des Büros für Migration, Interkultur und Vielfalt

Margret.Spohn@augzburg.de

www.augzburg.de/migration

